



Abstimmungsvorlage

«Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»
(99% Initiative)

26. September 2021

■ Fakten ● Positionen ► Auswirkungen

(V1 September 2021)



- Liberale Steuerpolitik

NEIN zur 99 Prozent Initiative





99% Initiative

NEIN

■ Argumente

■ **Die Initiative betrifft breite Teile der Bevölkerung !**

Insbesondere KMUs und Startups werden stark unter der neuen Steuer leiden. Aber auch Kleinanleger, Haus- und Wohnungseigentümer und Landwirte bleiben nicht verschont.

■ **Verzerrte Annahme von einer zu geringen Vermögensbesteuerung !**

In der Schweiz sind die Steuern bereits stark progressiv. Die Schweiz ist auch eines der wenigen OECD-Länder, die noch eine Vermögenssteuer haben.

■ **Die Initiative vermindert die Standortattraktivität der Schweiz !**

Durch die starke Besteuerung von Kapital verringert sich die Verfügbarkeit von Kapital. Dies hat einen negativen Einfluss auf Investitionen, Innovation und Unternehmertum.



99% Initiative

NEIN

■ Erhöhter Mittelabfluss aus KMU

- ***Das verfügbare Einkommen aus der unternehmerischen Tätigkeit sinkt mit der Initiative auf einer Bandbreite von minus 9.2 Prozent bis minus 28.9 Prozent.***
- ***Die Folge: Will der Unternehmer ein verfügbares Einkommen nach Steuern mit der **99%-Initiative** auf der Höhe des geltenden Rechts behalten, so muss er aufgrund des zusätzlichen Substanzabflusses an den Staat seine laufenden Bezüge erhöhen. Das schwächt die Liquidität der Unternehmung und reduziert Investitionsvolumen und Innovationspotential.***

Datenquelle: Studie von Tax Partner AG (Zürich), August 2020



99% Initiative

NEIN

■ Erschwerte Nachfolgeregelung

- **Der Nettoerlös des Unternehmers aus der entgeltlichen Nachfolgeregelung würde nach Inkrafttreten der 99%-Initiative im Vergleich zum geltenden Recht um 26 bis 58 Prozent sinken.**
- **Die Folge:** Der Unternehmer muss den Kaufpreis für seine Unternehmung um 39 bis 165 Prozent erhöhen, falls er seinen Nettoerlös aus der Nachfolgeregelung mit der **99%-Initiative** im Vergleich zum geltenden Recht gleich hochhalten will. Dies führt schliesslich dazu, dass der Nachfolger den entsprechend erhöhten Verkaufspreis finanzieren muss.

Datenquelle: Studie von Tax Partner AG (Zürich), August 2020



99% Initiative

■ Start-Up EXIT

NEIN

- **Bei einer allfälligen Annahme der 99%-Initiative würden diese Veräusserungsgewinne aus Startup-Verkäufen neu auch im Umfang von 150 Prozent besteuert.**
- **Die Folge:** Der Gründer würde mit der **99%-Initiative** aus seiner Nachfolgeregelung einen um 28 bis 62 Prozent geringeren Nettoerlös erzielen.
Anstatt eines Erlöses von beispielhaft angenommenen 200, erhielte er nach Berechnungen von Experten noch 75.5 bis 144.5. Ein Anteil von 55.5 bis 124.5 fließt an den Staat.

Datenquelle: Studie von Tax Partner AG (Zürich), August 2020

Abstimmung 99% Initiative

■ Fazit

Unternehmertum und Innovationsgeist ist zum Nutzen der Gesellschaft und darf nicht steuerlich abgestraft werden.



▶ **Keine erhöhten Steuerbelastungen für KMU und Familienbetriebe! NEIN zur 99% Initiative**

